BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BI STADTENTWICKLUNG

HALBZEIT BILANZ
Juni 2019 -
März 2022

WEIL WIR HIER LEBEN

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN BÜRGERINITIATIVE STADTENTWICKLUNG

FRAKTION IN DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG FRANKFURT (ODER)

INHALT

04 **Fraktion in Zahlen**
Anträge, Anfragen und sonstige Fakten über uns

06 **Wer wir sind**
Stadtverordnete und Fraktionsgeschäftsführung

10 **Stadtentwicklung**
Für eine vielfältige europäische Doppelstadt

14 **Klimaschutz**
Global denken - lokal handeln

16 **Umweltschutz**
Lebensgrundlagen schützen - Lebensqualität erhalten

20 **Mobilität**
Die Stadt bewegen!

24 **Soziales und Jugendhilfe**
Daseinsfürsorge und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle schaffen

28 **Bildung und Sport**
für gleiche Chancen von Anfang an

32 **Diversität, Integration und Antirassismus**
Für eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft

36 **Kultur**
Frankfurts vielfältige Kulturlandschaft erhalten

38 **Bürgernahe Verwaltung**
Effizient, transparent und digital

40 **Wirtschaft**
Für eine zukunftsfähige Stadt

42 **Finanzen und Haushalt**
Für einen soliden, weitsichtigen und gerechten Haushalt

44 **Helenesee**
Für die Rettung unseres Sees!

46 **Corona**

11
ANTRÄGE

46
ANFRAGEN

22-69 JAHRE
IST DAS ALTER UNSERER STADTVERORDNETEN

70
ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM **INSEK**

6
STADT-VERORDNETE

50%
FRAUENANTEIL
PARITÄRISCHE FRAKTIONSDOPPELSPITZE

FRAKTION IN ZAHLEN

2
Klausurtagungen am Wirchensee und in Neuzelle

63
FRAKTIONS-SITZUNGEN

8
SACHKUNDIGE EINWOHNER*INNEN

50%
mehr Sitze in der StVV

Mit sechs Mitgliedern und 8 sachkundigen Einwohner*innen ist unsere Fraktion eine der aktivsten in der Stadtverordnetenversammlung. Gemeinsam arbeiten wir kontinuierlich daran, Frankfurt gerechter, moderner und lebenswerter zu gestalten. Mit unseren Anfragen und Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen machen wir auf Missstände aufmerksam, entwickeln Lösungsvorschläge und bringen neue Ideen für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt ein. Nach der Hälfte der Wahlperiode ziehen wir hier eine Zwischenbilanz unserer Arbeit. Für weitere Informationen schauen Sie gerne auf unsere Internetseite: **www.gruene-bi-ffo.de** oder schreiben Sie uns eine E-Mail: **hallo@gruene-bi-ffo.de**

SAHRA DAMUS

Bündnis ‘90/Die Grünen

- Co-Fraktionsvorsitzende
- Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Bürger*innenbeteiligung
- Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt, Klimaschutz
- Mitglied im Aufsichtsrat der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft
- Mitglied in der Regionalen Planungs-gemeinschaft Oderland-Spree
- Mitglied im Beirat für Stadtgestaltung und Kunst im öffentlichen Raum

DR. BODO ALMERT

Parteilos

- Co-Fraktionsvorsitzender
- Stellvertretender Vorsitzender des Auss-chusses für Wirtschaft, Arbeit, Finanzen
- Mitglied im Haupt- und Ordnungsausschuss
- Mitglied im Aufsichtsrat der tegece GmbH

ANGELIKA SCHNEIDER

BI Stadtentwicklung

- Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- Mitglied im Haupt- und Ordnungsausschuss
- Mitglied im Rechnungsprüfungsausschus
- Mitglied im Aufsichtsrat des ICOB

ROBERT GIDIUS

Bündnis ‘90/Die Grünen

- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Mitglied im Jugendhilfeausschuss
- Mitglied im Unterausschuss Jugend-hilfeplanung
- Vorsitzender des Klimarats

JANKA KASTNER

Parteilos

- Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit, Soziales und Integration
- Mitglied im Integrationsbeirat

MARC LIPKA

Bündnis ‘90/Die Grünen

- Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss der Europäischen Doppelstadt Frankfurt (Oder) - Słubice
- Stellvertretender Vorsitzender des Werksausschusses des Kultureigenbetriebs
- Mitglied im Werksausschuss des Sporteigenbetriebs
- Mitglied im Sicherheits- und Präventionsbeirat
- Mitglied im Beirat Klinikum Frankfurt (Oder)

MARIA ULLRICH

Parteilos

- Fraktionsgeschäftsführerin

OLIVER KOSSACK

Bündnis ‘90/Die Grünen

- Stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer
- Mitglied in der Bewilligungskommission für Kulturprojekte

STADT ENTWICK LUNG

» FÜR EINE VIELFÄLTIGE EUROPÄISCHE DOPPELSTADT

Ziel unserer Politik ist eine nachhaltige Stadtentwicklung, die den sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Zusammenhalt der Stadt sichert. Einer der wichtigsten Bausteine für die Entwicklung unserer Stadt ist das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK), das in dieser Wahlperiode für den Zeitraum von 2020 – 2030 fortgeschrieben wurde.

Unsere Fraktion hat sich an der Debatte mit über siebzig Änderungsvorschlägen sehr aktiv beteiligt. Außerdem haben wir eine gemeinsame Resolution aller demokratischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zum von der Bundesregierung geplanten „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit" eingebracht. Darin begründen wir, warum die europäische Doppelstadt Frankfurt (Oder) – Słubice der ideale Standort für dieses Zentrum ist und signalisieren die parteiübergreifende Unterstützung für eine Bewerbung unserer Stadt in dem für 2022 geplanten Standortwettbewerb des Bundes.

Nicht zuletzt durch die Tesla-Ansiedlung merken wir, dass mehr Menschen wieder nach Frankfurt ziehen wollen.

Wir begleiten Bauvorhaben mit dem Ziel, das Zentrum zu verdichten und zu beleben, wertvolle Naturräume zu erhalten, die Ortsteile nur behutsam zu ergänzen und historische Kerne zu erhalten. Wohnen muss mit erneuerbarer Energieversorgung, Anschluss an ÖPNV und in einem ausgewogenen sozialen Mix möglich sein – für alle Geldbeutel. Mit einem Zusatzantrag haben wir dafür gesorgt, dass im städtebaulichen Rahmenplan des Areals Winterhafen der Stadtteil klimafreundlich geplant wird, Kleingärten nicht entwidmet werden dürfen, wenn kein Kleingartenentwicklungskonzept vorliegt, das Ufer zur Oder öffentlich zugänglich gestaltet und neben Wohneigentum auch Mietwohnungen eingeplant werden.

FOLGENDE ZIELE KONNTE UNSERE FRAKTION IM INTEGRIERTEN STADTENTWICKLUNGSKONZEPT VERANKERN:

- Klimaschutz als zentrales Ziel unserer Stadtentwicklung
- eine autoarme Innenstadt sowie erneuerbare Energien und E-Mobilität mit Schwerpunkt Carsharing, Fuhrpark, Ladeinfrastruktursicherung auch auf öffentlichem Grund
- Bau einer Lärmschutzwand an der A12
- Erhalt des traditionsreichen Obstanbaus
- Ausweitung von insektenfreundlichen Blühwiesen und "Natur auf Zeit"
- Erhalt des Baumbestands in der Magistrale und Umgestaltung der Birkenallee zu einer echten Allee
- eine Strategie für das Regenwassermanagement
- Entwicklung der Ortsteile mit Beibehalt der historischen Kerne
- ein nachhaltiges Nutzungskonzept für den Helenesee (inkl. Verkehrs- und Umweltaspekten)
- Prüfauftrag für eine Zukunft der ehemaligen Freilichtbühne
- Verlegung der Gemeinschaftsunterkunft für Obdachlose und Geflüchtete in Zentrumsnähe
- Einrichtung eines selbstverwalteten soziokulturellen Zentrums in unserer Stadt
- Erhalt von Sporthalle und Gemeindezentrum im 4. Wohnkomplex in Neuberesinchen
- Verbesserung der Hebammen- und Facharztversorgung

» Besonders positiv ist die Zusage des Landes für eine Lärmschutzwand an der A12 für den Ortsteil Güldendorf, für die wir uns – so wie auch der Ortsbeirat – seit Jahren eingesetzt haben.

» GLOBAL DENKEN - LOKAL HANDELN

Auch auf lokaler Ebene ist der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel eines unserer wichtigsten Ziele. Deshalb arbeiten wir daraufhin, Frankfurt (Oder) langfristig zu einer klimaneutralen Stadt weiterzuentwickeln und so unseren Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu leisten.

Mit unserem ersten Antrag in der Stadtverordnetenversammlung haben wir den Klimaschutz als Querschnittsthema in der Stadtverwaltung deutlich gestärkt. Durch unseren Antrag müssen nun bei allen städtischen Planungen die Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima sowie auf zusätzliche Treibhausgasemissionen bzw. Einsparpotentiale geprüft und in allen Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung dargestellt werden. Zusätzliche Emissionen sind in Zukunft nur noch verbunden mit Einsparungen an anderer Stelle möglich und bei Vorhaben der Verwaltung muss die Alternative mit der besten Klimabilanz bevorzugt werden.
Die Annahme dieses Antrags durch fast alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung war für unsere Fraktion ein großer Erfolg gleich zu Beginn dieser Wahlperiode.

Da der Antrag bisher noch nicht vollständig umgesetzt ist, begleiten wir die Umsetzung dieser Beschlüsse weiterhin kritisch mit Nachfragen und Folgeanträgen, in denen wir auch konkrete Vorschläge für eine klimafreundliche Stadt machen. So haben wir uns beispielsweise in enger Abstimmung mit den lokalen Obstbäuer*innen für Photovoltaik-Anlagen auf ungenutzten landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt. Anfang dieses Jahres haben wir einen Beratungsschwerpunkt im Stadtentwicklungsausschuss beantragt indem die Verwaltung ihre Vorhaben beim Klimaschutz vorstellte.

Dabei macht sich unsere Fraktion stark dafür, in einem neuen Klimaschutzkonzept alle Sektoren wie Verkehr, Gebäude, Energie, Landwirtschaft und Industrie einzubeziehen. Zudem soll die Funktion einer*s Klimaschutzmanagers*in geschaffen werden.
Durch den Klimawandel kommt es auch in Deutschland zunehmend zu extremen Unwettern, langanhaltenden Dürrephasen, Waldbränden, Starkregenereignissen und Überschwemmungen. Neben den nötigen Klimaanpassungsmaßnahmen ist ein funktionierender Katastrophenschutz das wichtigste Mittel, um adäquat auf solche Ereignisse reagieren zu können. Mit einer Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung haben wir uns deshalb informiert, ob der Katastrophenschutz in Frankfurt (Oder) in ausreichendem Maß gegeben ist bzw. welche Maßnahmen zur Verbesserung geplant sind oder ausstehen. Außerdem ist ein Mitglied unserer Fraktion Vorsitzender des Klimarats, der die Verwaltung in allen Fragen des Klimaschutzes beraten soll.

UMWELT SCHUTZ

» LEBENS-GRUNDLAGEN SCHÜTZEN - LEBENSQUALITÄT ERHALTEN

Eine gesunde Umwelt ist wichtig für das Stadtklima und den Erhalt der Artenvielfalt in unserer Stadt. Bäume leisten hier einen besonders wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Feinstaub und Reinhaltung unserer Luft. Deshalb sind Fällungen und Rückschnitt von Bäumen ein wichtiges Thema für viele Bürger*innen, zu dem uns auch regelmäßig Fragen erreichen. Aus Sicherheitsgründen, Krankheiten oder anderen wichtigen Gründen sind Baumfällungen nicht immer zu verhindern. Mit einer Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung haben wir uns dafür eingesetzt, dass Rückschnitte nur von fachlich qualifiziertem Personal durchgeführt werden, sodass keine Schädigung der Bäume stattfindet. Besonders kontrovers wurden im Sommer 2020 die Baumfällungen im Naturschutzgebiet „Oberes Klingetal“ diskutiert. Diese wurden nötig, damit das dortige Niedertorfmoor nicht seine Funktion als CO2-Speicher verliert und der Lebensraum von streng geschützten Orchideenvorkommen erhalten bleibt. Nachdem wir einen Vor-Ort-Termin im Naturschutzgebiet organisiert haben, hat unsere Fraktion sich für mehr Ersatzpflanzungen eingesetzt.
Die Umsetzung der von uns beantragten Blühwiesen in der Stadt begleiten wir weiterhin aktiv.

Auch der Naturschutzbeirat, dessen Wiedereinsetzung wir beantragt hatten, wurde 2019 neu berufen. Weiterhin haben wir gefordert, dass Müll aus der Kompostieranlage in Güldendorf, der sich vor allem durch Vögel oft im Umfeld der Anlage verteilt, regelmäßig durch den Betreiber beseitigt wird. In einer Anfrage zur Straßenbeleuchtung haben wir dafür sensibilisiert, dass diese möglichst energiesparend und umweltschonend durch LED-Lampen erfolgt, die die Lichtverschmutzung geringhalten und zum Schutz von Insekten, Vögeln und Fledermäusen beitragen.

Wir wollen, dass die Beleuchtung der Stadtbrücke auf Lichtverschmutzung hin überprüft und ggf. verändert wird. Besonders engagiert kämpfen wir auf allen Ebenen auch gegen die Bestrebungen der polnischen Regierung die Oder auszubauen. Die Oder mit ihrer Flora und Fauna ist einer der letzten (fast) unberührten Flüsse Europas und muss geschützt werden. Dazu haben wir uns im Juli 2021 an einem landesweiten Aktionstag von Grünen Kommunal-, Landes- und EU-Politiker*innen zusammen mit den polnischen Grünen und vielen NGOs beteiligt.

UMWELTSCHUTZ

Und auch der Kliestower See liegt uns weiterhin am Herzen. Denn durch Wasserabsenkung und Dürrephasen ist dieser in den letzten Jahren mehrfach „umgekippt“, es kam zu Fisch- und Muschelsterben.
Die Belastung des Frankfurter Trinkwassers mit Sulfat, welches aus dem Lausitzer Alttagebauen über die Spree bis in unser Wasserwerk in Briesen gelangt, wollen wir weiterhin bekämpfen und sind dazu regelmäßig mit dem Wasserversorger, der Landesregierung und den umweltverbänden im Austausch. Wir begleiten das Thema über unser Mitglied im Aufsichtsrat der Frankfurter Wasserbetriebe. Bei der Umsetzung der Bekämpfung der Schweinepest im Stadtgebiet haben wir darauf gedrungen, dass trotz des nötigen Seuchenschutzes auch der Tierschutz ausreichend beachtet wird und die Zäune und Tore so aufgestellt werden, dass Bürger*innen und Tourist*innen weiterhin einen möglichst leichten Zugang zu den betreffenden Gebieten haben.

» DIE STADT BEWEGEN!

Zu einer lebenswerten und modernen Stadt gehört eine klima- und fahrgastfreundliche Mobilität.
Deshalb haben wir uns in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit verschiedenen Initiativen dafür eingesetzt, den Verkehr in unserer Stadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Als einzige Fraktion haben wir eine umfassende Stellungnahme zum Elektromobilitätskonzept der Stadtverwaltung abgegeben. Es braucht eine Ansprechperson in der Stadtverwaltung, die bei Hürden in der Umsetzung unterstützt. Emobilität muss in allen (neuen) Wohnvierteln konsequent mitgeplant werden. Und zwar nicht nur für Eigenheimbesitzer*innen sondern auch bei Mietwohnungen. Mit weiteren Anfragen haben wir uns dafür eingesetzt, den Öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr und auch die Mobilität zu Fuß als klimaschonende und gesunde Alternativen zum Auto zu stärken.
Mit einer Anfrage haben wir darauf hingewirkt, dass die Voraussetzungen geprüft werden, um den Haltepunkt Booßen auf der Regionalbahnlinie RB 60 zwischen Frankfurt und Eberswalde zu reaktivieren und damit die Nahverkehrsversorgung in diesem Ortsteil zu verbessern.

Nun unterstützen wir eine entsprechende Petition an den Verkehrsminister. Mit einer weiteren Anfrage haben wir die Stadtverwaltung aufgefordert, eine Bewerbung auf das Förderungsprogramm des Landes für die Anschaffung von E-Lastenrädern zu prüfen und sich für ausleihbare E-Lastenrädern in der Stadt einzusetzen. Die Auslastung der inzwischen durch die SVF angeschafften Leih-Lastenräder zeigt deutlich, dass diese eine nützliche Ergänzung des Mobilitätsangebots in der Stadt darstellen. Beim Umbau des Hedwig-Einkaufsparks (HEP) setzen wir uns dafür ein, wertvolle Fläche nicht durch neue Parkplätze zu versiegeln, sondern das bestehende Parkhaus zu modernisieren und umweltfreundliche Mobilität attraktiver zu machen. Dazu haben wir einen Vor-Ort-Termin organisiert.

Wir bringen uns aktiv ein bei der Überarbeitung der Stellplatzsatzung, um die Innenstadt lebendiger und die ÖPNV-Nutzung attraktiver zu gestalten. Dafür braucht es mehr Anreize für den Umstieg vom Auto auf ÖPNV; Rad- oder den Fußverkehr. Wir engagieren uns für Fußgängerüberwege in der Magistrale und in Güldendorf und begleiten seit vielen Jahren den barrierefreien Umbau der Straßenbahn und der Haltestellen. Wir wollen zudem, dass die Stadt gezielt Landesmittel für die Radwege an Bundes- und Landesstraßen im Stadtgebiet nutzt. Dazu sind wir gemeinsam mit unserer Landtagsabgeordneten und interessierten Bürger*innen die betreffenden Radwege im Stadtgebiet abgefahren.

SOZIALES UND JUGENDHILFE

» DASEINS-FÜRSORGE UND GUTE LEBENS- UND ARBEITS-BEDINGUNGEN FÜR ALLE SCHAFFEN

Unsere Fraktion engagiert sich für ein breites Bildungs- und Sozialangebot für Kinder und Familien ein – von der Kita über Sport- und Spielplätze bis zur weiterführenden Schule. Wir haben uns sehr intensiv dafür eingesetzt, dass das Angebot der Familienhebamme erhalten bleibt und im Haushaltsplan der Stadt die dafür nötigen Mittel weiterhin eingeplant werden. Im Jugendhilfeausschuss haben wir dafür gesorgt, dass die Familienhebamme und andere Unterstützungsangebote für werdende Eltern ihre wertvolle Arbeit der Öffentlichkeit vorstellen konnte.

Wir begrüßen es sehr, dass die Stadtverwaltung das Angebot an Spielplätzen stärker in den Blick nimmt. Mit einer Anfrage haben wir uns dafür stark gemacht, dass überall in der Stadt, gerade auch in den Ortsteilen, genügend Spielplätze für Kinder aller Altersstufen zur Verfügung stehen. Die Inklusion von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf gehört

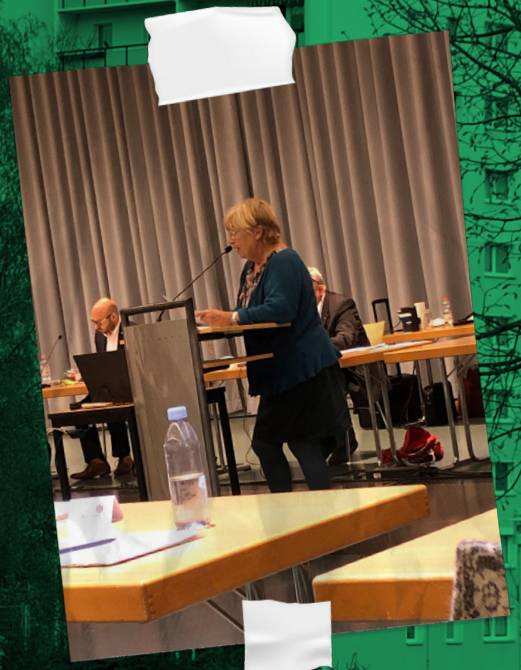
DIE INKLUSION VON KINDERN MIT BESONDEREM UNTERSTÜTZUNGS-BEDARF GEHÖRT ZU DEN ZIELEN DER GESELLSCHAFT-LICHEN WEITER-ENTWICKLUNG.

zu den Zielen der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und bedeutet soziale Teilhabe sowie Teilhabe an Bildung für alle Menschen. Mit unserer Anfrage wollten wir klären, ob dafür die Bedingungen in den Frankfurter Integrationskitas in angemessener Qualität gegeben sind. Die Umsetzung des landesweiten Pakts für Pflege haben wir im Sozialausschuss thematisiert und begrüßen, dass die Stadt sich um Mittel bewirbt.
Den Verkauf des Klinikums an Asklepios haben wir kritisch begleitet und in Gesprächen mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat auf die Aufrechterhaltung der Tarifbindung gepocht sowie auf die Auszahlung der Corona-Prämie. Dies haben wir auch im Klinikbeirat thematisiert.

Im Bereich Wohnen setzen wir uns im Stadtentwicklungsausschuss und im Aufsichtsrat der Wowi und der Stadtwerke für einen guten Mix ein – es braucht neben neu entstehenden Eigenheimen und Eigentumswohnungen auch weiterhin kostengünstigen attraktiven Wohnraum zur Miete. Die Energieversorgung und der ÖPNV müssen dabei immer mitgedacht werden, damit Wohnen und Leben bezahlbar bleibt: etwa durch Mieterstrom, wo Mieter*innen davon profitieren, wenn Wohnungsunternehmen Photovoltaik installieren, durch günstige Emobilität auch in Mietwohnungen und neue Quartiere, in denen günstiges Wohnen auch ohne Auto und mit erneuerbaren Energien möglich ist.

DAMIT WOHNEN UND LEBEN BEZAHLBAR BLEIBT.

SOZIALES UND JUGENDHILFE



BILDUNG UND SPORT

» FÜR GLEICHE CHANCEN VON ANFANG AN

Unsere Schulen waren in den letzten zwei Jahren von der Corona-Pandemie stark betroffen. Der Digitalpakt Schule 2019 – 2024 wurde vom Bund bereits vor der Pandemie aufgelegt, um die digitale Ausstattung von Schulen zu verbessern. Der coronabedingte Fernunterricht hat besonders deutlich vor Augen geführt, wie nötig eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur an Schulen ist. Deshalb haben wir die Umsetzung des Digitalpakts in Frankfurt mit mehreren Anfragen begleitet, um sicherzustellen, dass alle Schüler*innen über die nötigen Endgeräte verfügen oder die Schule ihnen Geräte zur Verfügung stellt und dass die technische Infrastruktur an den Schulen so schnell wie möglich eingerichtet wird.

DER CORONA-BEDINGTE FERNUNTER-RICHT HAT BESONDERS DEUTLICH VOR AUGEN GEFÜHRT, WIE NÖTIG EINE VERBESSERUNG DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR AN SCHULEN IST.

Da 2020 wegen der Pandemie auch die Schwimmhalle geschlossen werden musste, konnte dort auch kein Schwimmunterricht stattfinden. Hier haben wir mit einer Anfrage angeregt, über Maßnahmen nachzudenken, mit denen der ausgefallene Unterricht für die Schüler*innen kompensiert werden kann. Zudem haben wir uns im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts für den Erhalt der Sporthalle im WK 4 in Neuberesinchen stark gemacht. Wir haben uns außerdem dafür eingesetzt, dass die Stadtverwaltung eine Bewerbung von Frankfurter Schulen im Landesprogramm „Feuerwehr macht Schule“ prüft, durch das Schüler*innen der 9. und 10. Klasse „Feuerwehrunterricht“ als Wahlpflichtfach belegen können. Auf Anregung unser grünen Bildungsausschussvorsitzenden ist die Präsidentin der Viadrina nun regelmäßiger Gast im Bildungsausschuss, um die Kooperation zwischen Uni und Stadt zu stärken. Durch verschiedene Initiativen, auch auf Landesebene, hat sich unsere Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Brandenburger Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde und damit ein Standort einer Bundesbehörde in unserer Stadt erhalten bleibt. Diese Außenstelle wird zukünftig als Teil des Bundesarchivs alle Brandenburger Stasi-Akten zentral in Frankfurt (Oder) archivieren. Auf bündnisgrüne Initiative hin hat sich dazu der Freundeskreis zum Erhalt der Stasiunterlagenbehörde gegründet, in dem sich Vertreter*innen verschiedenen Bildungs- und Kultureinrichtungen, Zeitzeug*innen, Wissenschaftler*innen und Parteien einbringen.

DIVERSITÄT, INTEGRATION UND ANTIRASSISMUS

» FÜR EINE VIELFÄLTIGE UND DISKRIMINIERUNGS-FREIE GESELLSCHAFT

Unser Ziel ist es, dass sich alle Menschen in der Doppelstadt Frankfurt (Oder) – Słubice wohl fühlen und frei von Diskriminierung leben können. Deshalb haben wir uns als Fraktion intensiv in die Erarbeitung des Integrationskonzepts der Stadt Frankfurt (Oder) eingebracht und mit vielen Änderungsanträgen dazu beigetragen, dass insbesondere die Inklusion von geflüchteten Frauen und LGBTIQ* stärker in den Blick genommen wird, aber auch die Möglichkeiten für Geflüchtete, eine Ausbildung oder Arbeit im Gesundheitswesen aufzunehmen, wo wir dringend Arbeitskräfte benötigen.

Zum Zusammenleben in einer deutsch-polnischen Doppelstadt gehört auch der Einsatz gegen die Diskriminierung von LGBTIQ* in Polen, wo es seit 2019 in vielen Städten und Regionen Initiativen gab, diese als sogenannte LGBTIQ*-freie Zonen zu deklarieren. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Oberbürgermeister sich kritisch positioniert, wenn in unseren polnischen Partnerstädten solche Bestrebungen bestehen und sie darin unterstützt, sich als „LGBTIQ*-freundliche Zonen“ zu positionieren.

Weiterhin haben wir uns mit einer Anfrage dafür eingesetzt, dass die Webseiten der Stadt und andere Informationskanäle der Verwaltung, z. B. das Amtsblatt oder die Frankfurt-App barrierefrei gestaltet werden.
Mit einer weiteren Anfrage haben wir die Stadt gebeten, zu überprüfen, ob es in Frankfurt (Oder) noch Straßennamen mit kolonialem, rassistischem oder nationalsozialistischem Bezug gibt, um diese dann schnellstmöglich zu ändern.
Wir haben angeregt, dass Dokumente der Verwaltung geschlechtergerecht formuliert sind und dringen auf einen gleichen Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Verwaltung, etwa bei Neubesetzungen. Als erste Fraktion haben wir zudem eine paritätische Doppelspitze eingeführt und dies auch in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung als Möglichkeit verankert.

ALLE MENSCHEN SOLLEN SICH IN DER DOPPELSTADT FRANKFURT (ODER) – SŁUBICE WOHLFÜHLEN UND FREI VON DISKRIMINIERUNG LEBEN KÖNNEN.

DIVERSITÄT, INTEGRATION UND ANTIRASSISMUS

Zudem wurden auf unsere Anregung hin vier neue Straßen nach Frauen benannt, die für die Geschichte unserer Stadt bedeutend sind, bisher aber zu wenig sichtbar waren.

Wir positionieren uns immer wieder klar gegen Rassismus und für eine Aufnahme und gute Integration von Geflüchteten in unserer Stadt. Wir konnten erreichen, dass im Stadtentwicklungskonzept verankert wird, die Unterkunft für Geflüchtete und Wohnungslose perspektivisch wieder ins Stadtzentrum zu verlegen.

Verunglimpfungen des Engagements gegen rechts treten wir entschlossen entgegen. Sei es in der Stadtverordnetenversammlung oder auf Demonstrationen und Gedenktagen.

KULTUR

» FRANKFURTS VIELFÄLTIGE KULTUR-LANDSCHAFT ERHALTEN

Im Kulturbereich standen im bisherigen Verlauf der Wahlperiode zwei große Prozesse an: die Fortschreibung des Kulturentwicklungsplans für die Jahre 2022 – 2026 und der Abschluss der von uns in der vorigen Wahlperiode angestoßenen Kulturstrukturuntersuchung. Unsere Fraktion hat sich in beide Prozesse aktiv eingebracht.

So konnten wir erreichen, dass die Soziokultur im aktuellen Kulturentwicklungsplan einen deutlich höheren Stellenwert als bisher erhalten hat. Außerdem wurde die Gründung eines selbstverwalteten, soziokulturellen Zentrums, insbesondere als Fortführung der derzeitigen Arbeit auf dem Brückenplatz, als Ziel in den Kulturentwicklungsplan aufgenommen. Ein solches Zentrum, insb. in der Innenstadt, stellt für uns einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stärkung der freien Kulturszene in der Doppelstadt dar. Wir begleiten die Umsetzung dieses Ziels auch weiterhin und haben deshalb in der Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage gestellt, inwieweit ein soziokulturelles Zentrum in den aktuellen Planungen für verschiedene Quartiere in der Innenstadt berücksichtigt wurde. Weiterhin haben wir uns gemeinsam mit vielen Kulturakteur*innen für eine Umstrukturierung der städtischen Kulturförderung eingesetzt, die der freien Szene durch die Möglichkeit einer projektunabhängigen Förderung mehr Planungssicherheit gibt, konnten für diese Initiative aber keine Mehrheit finden. Im Rahmen der Kulturstrukturuntersuchung ging es darum zu prüfen, ob administrative Strukturen der verschiedenen Kultureinrichtungen zusammengefasst werden können, damit mehr von unserem knappen städtischen Geld direkt in die Kulturangebote fließen kann. Auch wenn wir uns hier größere Reformen gewünscht hätten, wurden erste Schritte vereinbart.

Die vielfältige Kunst am Bau ist ein besonderes Markenzeichen Frankfurts, das wir erhalten wollen. Wir konnten erreichen, dass Kunstwerke wieder aufgestellt und saniert wurden. Für weitere sind Förderanträge in Planung. Bei der Sanierung des Rathauses haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch ein neues Kunstwerk entstehen kann. Dafür wird es nun einen Wettbewerb geben.
Für die Sanierung des alten Kinos sind nun glücklicherweise alle Weichen gestellt, dafür haben wir uns seit vielen Jahren eingesetzt. Nun konnte erreicht werden, dass Bund und Land zweistellige Millionenbeträge investieren und das alte Kino zum neuen Standort des Landesmuseums für Moderne Kunst werden kann. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass das Gebäude darüber hinaus auch Treffpunkt für Ehrenamtliche und Vereine wird und durch ein Café und vielfältige Nutzungen belebt wird.

» EFFIZIENT, TRANSPARENT UND DIGITAL

Wir haben uns mit verschiedenen Anfragen dafür eingesetzt, dass das Handeln der Verwaltung für die Bürger*innen besser nachvollziehbar wird und eine aktive Beteiligung leichter möglich ist. So haben wir mit einer Anfrage dafür gesorgt, dass klargestellt wurde, dass auch die Werksausschüsse des Sporteigenbetriebs und der Kultureigenbetriebe öffentlich tagen und alle Bürger*innen an den Sitzungen teilnehmen können. Außerdem hat die Stadtverwaltung auf unseren Antrag hin zugesichert, dass Präsentationen aus den Ausschüssen den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit in Zukunft möglichst zeitnah zur Verfügung gestellt werden.
Wir begrüßen es, dass die Stadtverwaltung seit dieser Wahlperiode auch Social-Media-Kanäle nutzt, um Bürger*innen über ihre Arbeit zu informieren. Mit unserem Antrag zur Erstellung einer Social-Media-Strategie wollen wir sicherstellen, dass diese Nutzung koordiniert, zielgruppengerecht, auf geeigneten Plattformen und im Einklang mit geltenden Datenschutzbestimmungen geschieht. Mit einer Anfrage haben wir transparent gemacht, welche Leistungen die Stadtverwaltung schon digital anbietet und welche Digitalisierungsmaßnahmen sie für die nahe Zukunft plant.

WIRTSCHAFT

In Bereich der Wirtschaft haben wir wichtige Themen gesetzt und Diskussionen angestoßen. In einem Beratungsschwerpunkt haben wir die Diskussion um die Neuordnung der Wirtschaftsförderung und der Beteiligungsunternehmen im Bereich der Standortentwicklung angestoßen.
Für Unternehmensansiedlungen und neue Arbeitsplätze sind Gewerbeflächen nötig. Durch die Ansiedlung von Tesla ist mehr Flächenbedarf spürbar und auch in Frankfurt werden Flächen perspektivisch knapp. Daher haben wir in einem Beratungsschwerpunkt den Interessenausgleich von Gewerbe, Landwirtschaft und erneuerbaren Energien diskutiert. Dies hat dann zu einer Verbesserung des Bebauungsplans für das Industriegebiet Westnuhnen und Änderungsanträgen für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept geführt. Unter unserer Mitwirkung wurde die Perspektive für den Obstanbau in Frankfurt (Oder) sicherer, diesen wollen wir als traditionellen Wirtschaftszweig, der regionale Wertschöpfungsketten bietet, erhalten. Bei Unternehmensbesuchen und im Austausch mit den Kammern sind wir im Kontakt mit wirtschaftlichen Akteuren.

FINANZEN UND HAUSHALT

» FÜR EINEN SOLIDEN, WEITSICHTIGEN UND GERECHTEN HAUSHALT

In den letzten Jahren konnte Frankfurt einen großen Teil seiner Altschulden abbauen und verschuldet sich nicht mehr neu. In den Beratungen zu den Haushaltsplänen und zur Personalentwicklung haben wir darauf hingewirkt, dass die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden und die Handlungsfähigkeit der Stadt sichergestellt wird. Denn trotz Fortschritten beim Schuldenabbau, ist die Stadt weiterhin strukturell unterfinanziert. Wir wollen aber sicherstellen, dass nicht an der falschen Stelle gespart wird, damit die Stadt attraktiver wird für Zuzug. Denn mehr Einwohner*innen bedeuten nicht nur eine lebendigere Stadt, sondern auch eine langfristige Stabilisierung der städtischen Angebote. Zur Sanierung der städtischen Finanzen haben wir die Handlungsmöglichkeiten ausgelotet mit Anfragen zur Personalplanung, zum Vertragssystem, zur Bündelung von Aufgaben, zur Digitalisierung und zu IT-Konzepten. Dies mündet jetzt in Anträgen zur Verbesserung der städtischen Finanzen. In einem ersten Antrag fordern wir ein zentrales kommunales Rechenzentrum, um durch Bündelung der IT-Struktur der Stadtverwaltung und der städtischen Unternehmen für mehr Sicherheit und geringere Kosten zu sorgen. Gleichzeitig legen wir darauf wert, dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleibt, wie bspw. die städtische Pflege gGmbH.

HELENE SEE

In der Diskussion um einen neuen Vertrag zwischen der Stadt und der Helenesee Aktiengesellschaft haben wir mit Anfragen zunächst für Klarheit gesorgt, um dann auf einen Interessenausgleich zwischen Stadt und der Aktiengesellschaft als Pächter des Helenesees hinzuwirken. Die Diskussion um ein Konzept für die Zukunft des Helenesees wurde jedoch durch die unerwartete Sperrung des Sees vorerst auf Eis gelegt. Wir haben mit dem Pächter und am Helenesee aktiven Unternehmern vor Ort über Maßnahmen für die Zeit bis zur Sanierung gesprochen. Wir begrüßen, dass die grüne Landtagsfraktion dafür gesorgt hat, dass Landesmittel für die Sanierungsplanung schnell bereitgestellt wurden. Mit Anfragen drängen wir darauf, dass bald Planungssicherheit hergestellt wird. In Zukunft wollen wir, dass der Helenesee naturnah weiterentwickelt und die ÖPNV-Anbindung besser nutzbar wird.

CORONA

Die erste Hälfte dieser Wahlperiode war durch die Corona-Pandemie geprägt, die auch einen großen Einfluss auf unsere Fraktionsarbeit hatte. Zwar dürfen die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse weiterhin in Präsenz stattfinden. Um einen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie zu leisten, haben wir uns aber von Beginn an dafür eingesetzt, dass Sitzungen möglichst hybrid oder digital stattfinden. Gerade in der Zeit, als für Beschäftigte die Homeoffice-Pflicht galt, wollten wir dadurch auch den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die häufig in diesen Sitzungen berichten oder Fragen beantworten müssen, eine digitale Teilnahme ermöglichen. In dem von der Grünen Fraktionsvorsitzenden geleitet Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Bürgerbeteiligung wurde eine Teilnahme von Externen per Video ermöglicht. Weiterhin haben wir mit einer Anfrage zur Umsetzung der Corona-Arbeitsschutzverordnung im März 2021 gezeigt, dass auch ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie durchschnittlich unter 20 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice arbeiten und daraufhin eine Ausweitung dieser Möglichkeit angemahnt. Darüber hinaus haben wir mit verschiedenen Anfragen dafür sensibilisiert, dass unsere Schulen oder auch die Stadtbibliothek digitale Angebote bestmöglich nutzen, um ihr Angebot auch unter Corona-Bedingungen aufrecht zu erhalten.

Impressum

Herausgeber: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - BI Stadtentwicklung,
Robert Gidius, stellvertretender Fraktionsvorsitzender (ViSdP),
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)
E-Mail: hallo@gruene-bi-ffo.de
Instagram/Facebook: @grueneffo
Website: www.gruene-bi-ffo.de
Bilder: Sahra Damus, pixabay, unsplash
Redaktionsschluss: 15.04.2022
Layout/Grafik: Felix Pannach
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH